



Überblick Vernehmlassung Entlastungspaket 2027

Datum: 25.06.2025

Der Bundesrat hatte an seiner Sitzung vom 29. Januar 2025 die Vernehmlassungsvorlage zum Entlastungspaket 27 (EP27) verabschiedet. Insgesamt gingen zu dieser Vernehmlassungsvorlage mehr als 1'500 einzelne Stellungnahmen von Kantonen, Parteien, gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte, Berggebiete und Wirtschaft sowie weiteren interessierten Kreisen ein. Zudem reichte die FDP rund 6'900 weitgehend gleichlautende Vernehmlassungsantworten von Privatpersonen gegen die vorgeschlagene Steuererhöhung bei Kapitalbezügen aus der zweiten und dritten Säule ein.

Die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaftsverbände unterstützen das EP27 weitgehend. Die linken Parteien sowie die Gewerkschaften lehnen die Vorlage mehr oder weniger als Ganzes ab. Die grosse Mehrheit der Kantone sowie die Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete lehnen vor allem diejenigen Massnahmen ab, die Auswirkungen auf ihre Finanzen haben. Die weiteren interessierten Kreise äussern sich jeweils mehrheitlich ablehnend zu den Massnahmen, von denen sie betroffen sind.

Der Bundesrat wird den Ergebnisbericht zur Vernehmlassung gemeinsam mit der Botschaft zum EP27 im September 2025 publizieren.

Kantone

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat am 14. März 2025 eine erste Stellungnahme eingereicht. Sie lehnt darin Entlastungsmassnahmen ab, wenn

1. ein Aufgabenbereich Teil des Projekts «Entflechtung 27» betroffen ist,
2. Volksentscheide der laufenden und der letzten Legislatur betroffen sind,
3. in einem Bereich gemeinsam festgelegte Strategien und Ziele bestehen,
4. die Kantone bei gemeinsam finanzierten Bereichen aufgrund der Vorgaben keinen Handlungsspielraum haben sowie
5. in einem Bereich bereits eine gesetzlich vorgesehene Wirksamkeitsüberprüfung stattfindet.

Am 12. Juni 2025 hat die KdK eine ergänzende Stellungnahme veröffentlicht. Angesichts der angespannten finanzpolitischen Lage des Bundes sehen die Kantonsregierungen im Vergleich zur ersten Stellungnahme nunmehr die Möglichkeit für ein Entgegenkommen im Umwelt- und Energiebereich, bei der Volkswirtschaft und beim Verkehr. Zudem sieht die KdK zusätzliches Sparpotential beim Personalaufwand der Bundesverwaltung, bei einer effizienteren Umsetzung von Programmvereinbarungen sowie im Asylbereich (Beschleunigung Verfahren, konsequente Rückführungen sowie bessere Abwehr irregulärer Migration).

Die Mehrheit der Kantone hat zusätzlich zur Eingabe der KdK eigene Stellungnahmen eingereicht. Einzig der Kanton Zug unterstützt das Paket über weite Strecken. Schwyz und Nidwalden äussern ebenfalls teilweise Verständnis für den Bund. Die restlichen Kantone lehnen wie die KdK weite Teile des Pakets ab. Die Ablehnung ist besonders bei jenen Massnahmen gross, die potenziell Auswirkungen auf die Kantone haben könnten (u.a. Stärkung Nutzerfinanzierung Hochschulen, Kürzung Berufsbildungsausgaben, Verkürzung Abgeltungspflicht Globalpauschalen, Kürzung Einlagen BIF, Teilverzicht alternative

Antriebssysteme, Kürzung Landschaftsqualitätsbeiträge, Priorisierungen Klimapolitik, Kürzung soziodemografischer Lastenausgleich etc.).

In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

Mitte, EDU, EVP, FDP und SVP unterstützen die Vorlage im Grundsatz und betonen die Wichtigkeit einer nachhaltigen Stabilisierung der Bundesfinanzen und das Einhalten der Schuldenbremse. Der Fokus auf ausgabenseitigen Massnahmen wird begrüsst. Die vorgeschlagene Steuererhöhung bei Kapitalbezügen der zweiten und dritten Säule lehnen Mitte, EDU, FDP und SVP ab. Zudem lehnen SVP und EDU einzelne Entlastungsmassnahmen im Agrarbereich ab – zur Kompensation werden weitere ausgabenseitige Massnahmen vorgeschlagen (u.a. Kürzung IZA-Ausgaben, Kürzung Eigenbereich Bund etc.). Die Mitte verlangt die Prüfung von zusätzlichen einnahmenseitigen Massnahmen (u.a. Prüfung Finanzmarkttransaktionssteuer, Aufhebung Steuerbefreiung öffentlich-rechtlicher Anstalten der Kantone [Kantonalbanken], stärkere finanzielle Beteiligung SBB-Immobilien an Bahninfrastruktur, Alternativvorschlag Besteuerung Kapitalbezüge etc.).

Die GLP anerkennt, dass der Bundeshaushalt aus dem Gleichgewicht geraten ist. Das vorliegende Entlastungspaket setze aber die falschen Schwerpunkte (u.a. werden die Entlastungsmassnahmen im Klima- und Umweltbereich, im Bildungsbereich, die Abgeltungspflicht Globalpauschalen Migration, die Kostendämpfung obligatorische Krankenversicherung, die Kürzung soziodemografischer Lastenausgleich sowie die höhere Besteuerung von Kapitalbezügen abgelehnt). Stattdessen fordert die GLP u.a. Reformen in den Bereichen (Strassen-)Verkehr und Altersvorsorge sowie eine Anpassung der Schuldenbremse.

Die Grünen und die SP lehnen das EP27 ab. Für das Paket gebe es keine rechtliche und finanzpolitische Notwendigkeit, stattdessen müssen die Armeeaussgaben einnahmeseitig gegenfinanziert werden (vorgeschlagen werden u.a. Finanzmarkttransaktionssteuer, nationale Erbschaftssteuer, Einführung Grundstücksgewinnsteuer, Erhöhung Bundesanteil an Erträgen der OECD-Mindeststeuer, Erhöhung Lohnbeiträge für Finanzierung 13. AHV-Rente etc.). Zudem wird eine Reform der Schuldenbremse verlangt. Die Grünen heissen die Kapitalbezugsmassnahme, die Kürzung der Bundesbeiträge an die Regionalflughäfen sowie einzelne Landwirtschaftsmassnahmen gut.

Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Der schweizerische Gemeinde- und der Städteverband sowie die schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete lehnen insbesondere die Massnahmen ab, die finanzielle Auswirkungen auf Kantone und Gemeinden haben.

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft

Economiesuisse, der schweizerische Gewerbeverband (SGV), der schweizerische Arbeitgeberverband (SAV), der kaufmännische Verband sowie die schweizerische Bankiervereinigung unterstützen das Entlastungspaket grundsätzlich. Allerdings sei eine Entlastung ausschliesslich über die Ausgabenseite zu erreichen. Einnahmeseitige Massnahmen und insbesondere die Erhöhung der Besteuerung von Kapitalbezügen aus der zweiten und dritten Säule werden abgelehnt. Als finanzieller Ersatz werden zusätzliche Kürzungen im Eigenbereich des Bundes gefordert. Zudem sprechen sich der SGV, SAV und der kaufmännische Verband insbesondere gegen die Kürzung der Berufsbildungsausgaben aus.

Der Schweizer Bauernverband lehnt die Massnahmen im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft ab. Der schweizerische Gewerkschaftsbund sowie Travail.Suisse lehnen das Entlastungspaket ab, kritisieren die Fokussierung auf ausgabeseitige Entlastungsmassnahmen und fordern stattdessen eine Reform der Schuldenbremse und einnahmeseitige Massnahmen.